



Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme der von der Konkordatskommission im Jahr 2019 behandelten Geschäfte gemäss § 21 Abs. 4 GO KR

Bericht und Antrag der Konkordatskommission
vom 28. Mai 2020

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Gemäss § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Kantonsrates vom 28. August 2014 (seit 18.12.2014 in Kraft) legt die Konkordatskommission dem Kantonsrat jährlich eine Aufstellung der behandelten Geschäfte zur Kenntnisnahme vor. Die Kenntnisnahme durch den Kantonsrat erfolgt mittels Kantonsratsbeschluss – vorliegend für das Jahr 2019.

Der Bericht ist wie folgt gegliedert:

1. Ausgangslage	1
2. Im Jahr 2019 behandelte Konkordate	2
3. Im Jahr 2019 behandelte Verwaltungsvereinbarungen / Einspruchsverfahren	2
4. Antrag	3

1. Ausgangslage

In den Zuständigkeitsbereich des Kantonsrats fallen rechtssetzende Vereinbarungen zwischen Kantonen (Konkordate). Für Verwaltungsvereinbarungen liegt die Kompetenz beim Regierungsrat. Die Konkordatskommission und der Regierungsrat haben am 18. August 2004 ein gemeinsames Arbeitspapier verabschiedet. Gegenstand ist die gelegentlich schwierige Abgrenzung zwischen Konkordaten und Verwaltungsvereinbarungen. Im Arbeitspapier wurden Kriterien festgelegt, wann ein Konkordat resp. wann eine Verwaltungsvereinbarung oder eine Mischform vorliegt. Alle Verwaltungsvereinbarungen inklusive deren Änderungen und Aufhebungen sind der Konkordatskommission für ein Einspruchsverfahren zu unterbreiten.

Sollte die Kommission mit der rechtlichen Qualifikation als Verwaltungsvereinbarung nicht einverstanden sein, erhebt sie Einspruch. Der Regierungsrat führt ein Einigungsverfahren mit der Konkordatskommission durch. Sollte eine Einigung nicht möglich sein, entscheidet der Kantonsrat über die rechtliche Qualifikation. Der Regierungsrat und die Konkordatskommission unterbreiten dem Kantonsrat in diesem Streitfall je einen Bericht und Antrag.

Die Abgrenzung zwischen Verwaltungsvereinbarungen und Konkordaten kann gelegentlich schwierig sein. Je nach Praxis des Regierungsrates und der Konkordatskommission könnten dadurch die Kompetenzen des Kantonsrates beeinträchtigt werden. Die Konkordatskommission legt darum dem Kantonsrat jährlich eine Aufstellung der behandelten Konkordate und Verwaltungsvereinbarungen zur Kenntnisnahme vor. In diesem Umfang ist die Konkordatskommission vom Kommissionsgeheimnis befreit. Es steht den Ratsmitgliedern oder einer ständigen Kommission frei, eine Motion, ein Postulat oder einen Kommissionsantrag einzureichen. Darin könnte gefordert werden, dass bestimmte Verträge mit anderen Kantonen generell oder im Einzelfall dem Kantonsrat zur Genehmigung unterbreitet und nicht mehr durch den Regierungsrat abgeschlossen werden.

2. Im Jahr 2019 behandelte Konkordate

Die Konkordatskommission hat im Jahr 2019 im Rahmen des zweistufigen Verfahrens Stellungnahmen zu den Ergebnissen der 1. Lesung der regierungsrätlichen Vernehmlassungsantworten zu folgenden Konkordaten abgegeben:

- 2.1. Gesamtschweizerisches Geldspielkonkordat (GSK)
- 2.2. Interkantonale Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Geldspielen (IKV 2020)

Die Konkordatskommission hat im Jahr 2019 folgendes Konkordat behandelt und dem Kantonsrat Bericht und Antrag erstattet:

- 2.3. Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendienkonkordat vom 18. Juni 2009)

3. Im Jahr 2019 behandelte Verwaltungsvereinbarungen / Einspruchverfahren

Die Konkordatskommission hat im Jahr 2019 folgende Verwaltungsvereinbarungen behandelt:

- 3.1. Ergänzung des Regierungsratsbeschlusses vom 3. Juni 2008 betreffend Vollzug der Interkantonalen Vereinbarung für Schulen mit spezifisch-strukturierten Angeboten für Hochbegabte; Regierungsratsbeschluss vom 29. Januar 2019
- 3.2. Verein gesamtschweizerisches Electronic Monitoring; Regierungsratsbeschluss vom 28. Mai 2019
- 3.3. Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) – Beitritt zur teilrevidierten Vereinbarung vom 23. November 2018; Regierungsratsbeschluss vom 25. Juni 2019
- 3.4. Verwaltungsvereinbarung betreffend den Verein ARGE ABI (Arbeitsgemeinschaft für die Polizei-Fachapplikation «ABI»); Regierungsratsbeschluss vom 20. August 2019

Beurteilung der obigen Verwaltungsvereinbarungen (Ziffern 3.1. bis 3.4.) durch die Konkordatskommission im Rahmen des Einspruchverfahrens:

Kein Einspruch gegen die jeweilige Qualifikation als Verwaltungsvereinbarung bei Ziff. 3.1., 3.2. und 3.4.

Betreffend Ziff. 3.3.: Der geplante Beitritt zur beschlossenen Änderung der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen führte bei der Konkordatskommission zu Irritationen. Dem in der Kommission vorgelegten Regierungsratsbeschluss fehlte eine kantonale gesetzliche Grundlage für die IVSE, weshalb die Kommission statuierte, es müsse davon ausgegangen werden, dass die IVSE rechtssetzender Natur sei, und Einspruch gegen das Ergebnis der 1. Lesung im Regierungsrat erhob. In Zusammenarbeit mit der Konkordatskommission ergänzte die Direktion des Innern den Regierungsratsbeschluss daraufhin in wesentlichen Belangen und konnte aufzeigen, dass die Kompetenzordnung bei dem Regierungsrat lag. Deshalb zog die Kommission Ihren Einspruch im Februar 2020 zurück.

Die Beurteilung der Konkordatskommission beschränkt sich beim Einspruchverfahren auf die Frage, ob sie einverstanden ist, dass es sich um eine Verwaltungsvereinbarung handelt, für deren Abschluss die Kompetenz beim Regierungsrat ist. Daraus kann nicht das Einverständnis oder das Nichteinverständnis der Konkordatskommission zum eigentlichen Inhalt der Vereinbarung abgeleitet werden.

4. Antrag

Die Konkordatskommission beantragt Ihnen, vom vorliegenden Bericht Kenntnis zu nehmen.

Zug, 28. Mai 2020

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Namen der Konkordatskommission

Die Präsidentin: Karen Umbach